

Redebeitrag Rechtshilfefonds Azadi, 31.12.2025, Dresden

Liebe Freund:innen,

am 3. November, wurde der kurdische Aktivist Aziz Kürek vom LKA Sachsen in Hamburg festgenommen und seine Wohnung in Köln durchsucht. Seitdem sitzt er hier in der JVA Dresden in Untersuchungshaft. Wieder einmal wird einem kurdischen politischen Aktivisten vorgeworfen, sich durch allgemeine politische Tätigkeiten als Mitglied der Arbeiterpartei Kurdistans, der PKK, betätigt und deshalb nach § 129b des Strafgesetzbuchs strafbar gemacht zu haben. Aziz soll als angeblicher Leiter verschiedener PKK-Gebiete zwischen 2015 und 2025 aktiv gewesen sein.

Sobald der Vorwurf des § 129b im Raum steht, gelten für die Beschuldigten vor allem in Untersuchungshaft verschärzte Isolationsbedingungen. Dies trifft vor allem auf Aziz zu. Laut seiner Anwältin, Antonia von der Behrens, wurde ihm zunächst jeder Kontakt zu Menschen türkischer, kurdischer, syrischer und irakischer Herkunft verboten. Auch mit Freund:innen und Verwandten darf er nicht telefonieren.

Die Prozesse nach § 129b gegen kurdische politische Aktivist:innen laufen vor den deutschen Gerichten alle nach demselben Muster: Den Angeklagten werden in der Regel keine individuellen Straftaten zur Last gelegt. Vorgeworfen wird ihnen politisches Engagement, welches auch für viele von Euch zum Alltagsleben gehört, etwa Teilnahme an Demonstrationen und die Mobilisierung dafür. Nur, weil die mit dem § 129b konfrontierten Personen das angeblich im Auftrag der PKK getan haben, werden sie zu teils mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Aziz wird darüber hinaus vorgeworfen, dass er für die Demokratische Partei der Völker, der HDP, unter türkischen, in Deutschland lebenden Wahlberechtigten Werbung gemacht und Fahrten zu den Wahllokalen in den türkischen Konsulaten organisiert haben soll. Auf diese Weise wird selbst eine Stärkung der Demokratie in der zunehmend autoritären Türkei kriminalisiert.

Dass die Repression in Deutschland gegen kurdische Aktivist:innen trotz des Friedensprozesses in der Türkei weiter geht, zeigen zeitgleich zu der Verhaftung von Aziz bei zwei ebenfalls nach § 129b Beschuldigten in Bautzen durchgeführte Razzien.

Die Festnahme von Aziz und die Razzien in Bautzen standen in engem zeitlichen Zusammenhang mit dem Besuch von Bundeskanzler Friedrich Merz in der Türkei nur wenige Tage vorher. Auch das hat leider eine lange Tradition, dass sich Deutschland Entgegenkommen der Türkei etwa in der Flüchtlingsrückführung durch Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung hier in Deutschland erkauft.

Vor allem vor dem Hintergrund der Friedensbemühungen der PKK in der Türkei nach dem Aufruf ihres Vorsitzenden Abdullah Öcalans vom 27. Februar fordern wir von der deutschen Regierung und der Justiz ein radikales Umdenken. Wir brauchen ein Prinzip der Politik gegenüber der seit Jahrzehnten eingespielten Repressionsbürokratie und appellieren an die Verantwortlichen in Regierung und Parlament, die positiven Schritte der kurdischen Bewegung aufzunehmen und entsprechende Initiativen zu ergreifen. Dazu gehören im Bereich der Innenpolitik die Rücknahme der Ermächtigung des Justizministeriums zur Verfolgung der PKK als sogenannte „terroristische“ Vereinigung und die Einstellung der laufenden Verfahren. Ebenso fordern wir die Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland und die Streichung der PKK von der EU-Terrorliste.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Hoch die internationale Solidarität!